


Wie halten Sie es mit der Impfpflicht?

- Die Debatte um die Impfpflicht währte lange
- Heute soll im Bundestag entschieden werden
- Wie die Abgeordneten aus der Region abstimmen wollen

 VON MIRJAM MOLL
mirjam.moll@suedkurier.de

Die Corona-Regeln sind bis auf die Maskenpflicht in Krankenhäusern, Pflegeheimen und in öffentlichen Verkehrsmitteln bereits gefallen, ein Ende der Quarantänenpflicht wird diskutiert. Die Zeichen stehen auf ein Ende der pandemischen Ausnahmezeit. Dennoch wird der Bundestag an diesem Donnerstag über die allgemeine Impfpflicht abstimmen. Eine Mehrheit für einen der Vorschläge zu finden, dürfte aber schwierig werden.

Schon in der Ampelkoalition kursierten unterschiedliche Modelle. Einig sind sich SPD, FDP und Grüne einzig über eine Beratungspflicht für alle Bürger ab 18 Jahren. Die Forderung, eine Impfpflicht ab 18 Jahren einzuführen, ist bereits vom Tisch. Als wahr-

scheinlich gilt dagegen, dass eine Impfpflicht ab 60 Jahren zur Abstimmung gebracht wird. Zudem soll ein Impfreger geschaffen werden, hier kam man der Union entgegen. Die FDP lehnt eine Impfpflicht allerdings gänzlich ab, fordert lediglich eine stärkere Impfkampagne.

Die Opposition ist sich ebenso einig: Die Union will eine gestufte Impfpflicht für bestimmte Alters- und Berufsgruppen vorbereiten. Ausgelöst werden soll sie aber nur, wenn dies epidemiologisch notwendig ist. Zunächst sollen demnach die Voraussetzungen für ein Impfreger geschaffen werden. Die AfD lehnt eine Impfpflicht grundsätzlich ab.

Wie die Abgeordneten in der Region am Donnerstag abstimmen wollen, haben wir vorab gefragt. Das sind ihre Antworten.



**Lina Seitzl, SPD,
Wahlkreis Konstanz**

Die SPD-Bundestagsabgeordnete hielt eine allgemeine Impfpflicht eigentlich weiterhin für notwendig. Den Kompromissvorschlag der Ampel unterstütze sie dennoch, „weil er die Option einer Überprüfung der Impfsituation im Spätsommer“ vorsehe. Sie warnt: „Wenn dieser Vorschlag im Bundestag keine Mehrheit findet, ist die Impfpflicht gescheitert.“ Dies sei „angesichts der nach wie vor angespannten Infektionslage die schlechteste Lösung“.



**Ann-Veruschka Jurisch, FDP,
Wahlkreis Konstanz**

„Eine Impfpflicht muss Teil einer Corona-Gesamtstrategie sein, die klare Ziele benennt, darauf abgestimmte Kennzahlen definiert und zur Erreichung des Ziels alle verfügbaren Maßnahmen ausschöpft“, sagt die Liberale aus Konstanz. Dies werde bei den Vorschlägen zu einer Impfpflicht nicht ausreichend berücksichtigt. Impfen solle freiwillig bleiben. Sie will den Antrag der Liberalen unterstützen für eine stärkere Impfkampagne.



**Andreas Jung, CDU,
Wahlkreis Konstanz**

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU will den Antrag der Union ein sogenanntes Impfvorsorgegesetz unterstützen: „Damit soll die Gesetzgebung geschaffen werden, dass eine Impfpflicht in zugespitzter Lage greifen und gegen eine neue Variante helfen könnte“, erklärt der stanzler CDU-Bundestagsabgeordnete. Der Vorschlag sieht vor, ein Impfreger aufzubauen, die Impfpflichte dann gesondert angeordnet werden.



**Rita Schwarzelühr-Sutter, SPD,
Wahlkreis Waldshut**

Die parlamentarische Staatssekretärin im Innenministerium hält die Impfung gerade jetzt für unerlässlich, „um sich selbst und vor allem die vulnerablen Gruppen zu schützen“. Weil die Impfpflicht für alle Erwachsenen derzeit im Bundestag nicht mehrheitsfähig sei, müsse zumindest die Beratung verpflichtend werden. Das Mindestalter auf 60 Jahre festzulegen, sei für sie ein schwieriger Kompromiss, den sie aber für den Moment mitgeht.



**Felix Schreiner, CDU,
Wahlkreis Waldshut**

Der CDU-Bundestagsabgeordnete aus Waldshut ist gegen eine Impfpflicht. „Es gibt aus meiner Sicht viele Argumente für eine Impfung, aber gegenwärtig nur noch wenige für eine Impfpflicht.“ Schreiner will den Unionsvorschlag mittragen, an dem er selbst mitwirkte. Damit könne eine Impfpflicht eingerichtet werden, „wenn wir diese wirklich bräuchten“. Derzeit seien die Krankenhäuser nicht überlastet, deshalb keine Impfpflicht nötig.



**Thomas Bareiß, CDU,
Wahlkreis Zollernalb-Sigmaringen**

„Die Impfpflicht für alle wurde so oft verschoben, dass sie uns zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr weiterhilft“, sagt der CDU-Oppositionspolitiker Bareiß. Auch die verpflichtende Beratung bringe einen hohen bürokratischen Aufwand mit sich, der Effekt sei zweifelhaft. Der CDU-Politiker will deshalb den Unionsvorschlag unterstützen. Damit werde „eine systematische Datengrundlage“ aufgebaut, um angemessen reagieren zu können.



**Robin Mesarosch, SPD,
Wahlkreis Zollernalb-Sigmaringen**

Der SPD-Bundestagsabgeordnete fordert: „Alle sollten sich impfen lassen. Das ist unsere beste Chance, gut durch den nächsten Winter zu kommen.“ Die Impfpflicht ist für Robin Mesarosch eine klare Sache: „Der Staat sollte das zur Pflicht machen, denn so wären alle am besten geschützt. Ich bin für eine Impfpflicht ab 18.“ Der 31-Jährige will aber auch „dem Kompromiss zustimmen, wenn es nur dafür eine Mehrheit gibt“, erklärte er.



**Volker Mayer-Lay, CDU,
Wahlkreis Bodensee**

Für den CDU-Bundestagsabgeordneten ist klar: Er lehne auch eine Impfpflicht für Ältere ab. „Diese Variante ziehe mich noch deutlich weniger nach sich als eine generelle Impfpflicht, die ich auch strikt ablehne.“ Er will den Unionsvorschlag unterstützen. „Es würde immer abgewogen werden, ob eine gefährliche Virusvariante tatsächlich für die Bevölkerung ist und ob es sich lohnt, die Wirksamkeit der jeweiligen Impfstoffe mit betrachten.“



**Alice Weidel, AfD,
Wahlkreis Bodensee**

Die AfD-Bundestagsfraktionsvorsitzende hält eine Impfpflicht für „inakzeptabel, egal für welche Alters- oder Bevölkerungsgruppe“. Menschen zu einer Impfung zu „nötigen, die lediglich einen gewissen Eigenschutz bieten kann“, sei „medizinisch sinnlos und verfassungswidrig“. Die AfD-Politikerin verweist dabei auf das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit. Sie plädiere deshalb für eine Ablehnung der Impfpflicht.



**Thorsten Frei, CDU,
Wahlkreis Schwarzwald-Baar**

Der 48-jährige CDU-Oppositionspolitiker hält eine „wie auch immer geartete Impfpflicht“ für „eine Ultima Ratio“, die dem „Verhältnismäßigkeitsprinzip entsprechen muss“. Unter den aktuellen Bedingungen sei dies nicht gegeben. Auch mit Blick auf die „Unkenntnis möglicher Varianten im Herbst“ sei es schwierig, eine solche Pflicht festzuschreiben. Frei will deshalb das Impfvorsorgegesetz der Union unterstützen, an dem er selbst mitgewirkt habe.



**Derya Türk-Nachbaur, SPD,
Wahlkreis Schwarzwald-Baar**

Die SPD-Bundestagsabgeordnete hält eine Impfpflicht für alle ab 18 Jahren unterstützt: „Es ist sehr bedauerlich, dass für eine allgemeine Impfpflicht ab 18 Jahren keine Mehrheiten gefunden werden konnte“, sagt sie. Sie will nun den Kompromissvorschlag unterstützen mit einer Impfpflicht ab 60 Jahren und einer verpflichtenden Impfberatung für Jüngere. „Wir müssen nämlich jetzt handeln, um gut durch den Herbst und den Winter zu kommen.“



**Benjamin Strasser, FDP,
Wahlkreis Ravensburg**

Der parlamentarische Staatssekretär im Justizministerium hat „grundsätzliche Bedenken gegen eine Impfpflicht“. Ein „solch gravierender Grundrechtseingriff muss geeignet und verhältnismäßig sein“, betont der Liberale. Wegen der Ungewissheit, wie sich das Virus im Herbst entwickelt, und fehlenden Informationen über die konkrete Umsetzung einer Impfpflicht wird Benjamin Strasser gegen die Vorschläge der Ampel stimmen.



**Agnieszka Brugger, Grüne,
Wahlkreis Ravensburg**

Die stellvertretende Grünen-Bundestagsfraktionsvorsitzende unterstreicht eine allgemeine Impfpflicht, „da auch sicher durch den nächsten Winter und auf möglicherweise gefährliche Mutationen besser reitet sind“. Den Kompromissvorschlag bezeichnete Brugger als „Schritt in die richtige Richtung und trägt mit der verteilten Beratung hoffentlich dazu bei, dass sich noch mehr Menschen impfen lassen“. Sie wird ihn mittragen.